

Wolfgang Dietrich

**Die Linke in Regierungsverantwortung – Analysen,
Erfahrungen, Kontroversen
- rls, Berlin, 04.02.2006 –**

Panel 3: Linke Politik konkret – Potentiale und Grenzen:
Soziale Entwicklungen und Rechtsextremismus

„Der Utopist sieht das Paradies, der Realist das Paradies plus
Schlange.“

(Friedrich Hebbel)

Die Linkspartei.PDS strebt, so ihre große Utopie, die sie mit
Gleichgesinnten teilt, eine sozial gerechte Gesellschaft an –
eine Gesellschaft, die, im Vergleich zur bisherigen
Menschheitsgeschichte, vielleicht etwas Paradiesisches hat.
Den Weg dorthin versperrt nicht nur **eine** Schlange. Eine
große Anzahl von giftigen Nattern ist aus dem Weg zu
räumen. Aus vielen fruchtbaren Nestern kriechen neue heran.

Im Brechtschen Sinne ist der „Schoß, aus dem das kroch“ auch in M-V fruchtbar: Rechtsextremismus, in Ansätzen auch in der späten DDR auszumachen, entwickelte sich ab 1989/90 in für unsere Region ungekanntem Ausmaß.

Die PDS M-V und ihre Landtagsfraktionen waren Realistinnen genug in ihren Bemühungen, sich der Schlange „extreme Rechte“ von Anfang an in den Weg zu stellen und Potential gegen sie zu entwickeln. Und nicht zuletzt, indem die parlamentarischen Möglichkeiten des Landesparlaments als öffentliches Podium genutzt wurden und werden. Es sei auf die vielfältigen Aktivitäten verwiesen, die ich in meinem Buch-Beitrag genannt habe.

Gleiches gilt für vielfältige außerparlamentarische und parlamentarische Aktivitäten für eine menschenrechtlich gestaltete Asyl- und insgesamt Migrationspolitik.

Das änderte sich mit Eintritt in die Landesregierungen 1998 und 2002 keineswegs. Erstmals wurde in eine Koalitionsvereinbarung die zielgerichtete Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus als Regierungspolitik aufgenommen.

Mit der Koalitionspartnerin SPD gab es gemeinsame Anträge bzw. Beschlüsse im Landtag. Initiatorin war fast durchweg die PDS-Fraktion. Nicht alles, was die PDS auf den Weg bringen

wollte, wurde von der SPD-Fraktion gebilligt. In Bezug auf Vorhaben der PDS-Fraktion zur Migrationspolitik waren ablehnende Haltungen noch deutlicher. Dennoch konnten einige Verbesserungen für das Leben der Flüchtlinge erreicht werden, z. T. im „Tausch“ gegen die Zustimmung der Fraktion zum ersten Entwurf des Zuwanderungsgesetzes. Andere, konträre Auffassungen zwischen PDS und SPD bleiben bestehen, wie zur Abschiebungspolitik. Eine Zunahme rassistischer Einstellungen in der Bevölkerung konnte nicht verhindert werden. Rassismus zählt als „Zubringer“ zu rechtsextremen Positionen und Ideologien.

Die extremen Rechten vermochten, ihre Strukturen im Lauf der vergangenen Jahre aufzubauen, zu verfestigen und territorial wie aktional zu erweitern. Ihre Taktiken wurden und werden, was ihre Basisarbeit und inhaltlich – öffentliches Wirken betrifft, erheblich verändert. Ein ordnungspolitisches Eingreifen wird immer weniger möglich, da sich NPD und Kameradschaften zumeist auf legale Mittel konzentrieren wie das Organisieren von sozialen Hilfen und Freizeitaktivitäten im Dorf, kulturelles Agieren in Vereinen und ganzen Orten, z. T. Beherrschen der Kinder- und Jugendkultur in Dörfern. Ergebnis dort ist ihre Anerkennung als Teil der Alltagskultur.

In Bezug auf die Etablierung der NPD in Ostvorpommern kommt Dierk Borstel, ein auch in M-V tätiger Mitarbeiter des Berliner Zentrums demokratische Kultur, zu der Aussage, dass demokratisch gesinnte junge Menschen dort kaum noch eine Chance hätten, sich gegen rechtsextremistische Auffassungen zu äußern.

(Zitat) „Praktisch haben von Gewerkschaften an über Landesregierung bis Kirche ein Vakuum gelassen, das die NPD ausfüllt.“ (Zitatende, SVZ 14.01.2006)

Weshalb gelang es der PDS M-V in Regierungsverantwortung nicht, solche und ähnliche Entwicklungen, die auch in Mecklenburg wie im Landkreis Ludwigslust, stattfinden, zumindest einzudämmen?

Es liegt nicht an ihrem Engagement.

Eine Ursache liegt darin, dass die Koalitionsregierungen bis 1998 der aktiven Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus kaum Beachtung schenkten und sogenannte Ausländerfeindlichkeit fester Bestandteil ihrer Politik war. Desgleichen trugen sie die Anschlusspolitik der DDR an die ehemalige BRD und damit verbundene Stigmatisierungen und Ausgrenzungen gegenüber der Bevölkerung mit.

Die SPD in Regierung und Landtag beschränkte auch nach 1998 ihr Vorgehen gegen die extreme Rechte auf ordnungspolitische Instrumentarien wie Polizei und Justiz. Zuständig wurde allein das Innenministerium gemacht. Rechtsextremismus wurde allein an Straftaten festgemacht, auf Randgruppen-Probleme, Persönlichkeitsmängel, Orientierungsverlust und mangelnde Bildung herabgestuft.

Die Lageeinschätzungen, die sowohl dem Landtag als auch der Öffentlichkeit vorlagen, waren demzufolge keine tatsächliche Analyse und blieben weitgehend oberflächlich. Allein **davon** Gegenkonzepte abzuleiten, führt eben zu verkürzten Maßnahmen, die vor allem Zivilgesellschaft kaum mobilisieren. Diese Mobilisierung soll gemäß einem fraktionsübergreifenden Beschluss im Landtag im Januar 2006 **nun** beginnen, was natürlich außerordentlich spät ist. Das Aufwachen der CDU-Fraktion, aber auch großer Teile der SPD-Fraktion erfolgte nach den Bundestagswahlen im September 2005. Die NPD hatte 3,5 % der Zweitstimmen in M-V gewonnen, in 259 Gemeinden über 5 % bis hin zu 15/16 % in kleinen Dörfern. Im Vergleich: 1994 stimmten für Rechtsextreme 0,1 %, 2002 bei den Kommunalwahlen 0,8 % und 1,7% bei den EP-Wahlen.

Ursachen für den steigenden Zuspruch für die extreme Rechte und die weitgehende Wirkungslosigkeit bisheriger Aktivitäten gegen sie, allein unzureichender Analyse etc. zuzuschreiben, griffe freilich zu kurz.

Die wesentliche Ursache für diese alarmierenden Entwicklungen sind in der gerade durch die gewählte SPD-Grüne-Bundesregierung praktizierte neoliberale Politik in Reinkultur zu sehen, die in der Agenda 2010 und insbesondere Hartz IV ihren vorerst finalen Niederschlag gefunden hat – aber nun unter CDU-SPD weiter getrieben wird.

Damit erfahren Desorientierungen und Ohnmachtsgefühle Ergänzungen durch verbreitete akute soziale Nöte und existenzielle Ängste bis in die Mittelschichten der Gesellschaft hinein. Abbau von Bürgerrechten und Demokratie führen zu negativen Demokratieerfahrungen.

Die Gesellschaft driftet sozial immer weiter auseinander. Ängste vor sozialem Abstieg können mitverantwortlich sein, schwache gesellschaftliche Gruppen für minderwertig zu halten. MigrantInnen betrachtet man als KonkurrentInnen auf dem Arbeitsmarkt, auf Obdachlose sieht man herab, um das

eigene Selbstwertgefühl zu steigern. Das Zusammenleben verschiedener gesellschaftlicher Gruppen ist gefährdet.

Politisch fühlen sich immer mehr Leute machtlos. Der Gesellschaft fehlt es an Grundsätzlichem; die Eckpfeiler für Integration brechen weg.

Intoleranz gewinnt an Boden, Kulturverluste sind die Folge. Rechtsextreme Parteien und Organisationen knüpfen daran nahtlos an. Sie geben sich bürgernah, demokratiefreundlich und zugleich als entschlossene Kraft gegen die bestehende kapitalistische Ordnung – und werden in zunehmendem Maße als wählbare Alternative gesehen.

Die Linke in Regierungsbeteiligung verliert ihren Charakter als ernst zu nehmende Alternative, weil sie in der öffentlichen Debatte die für die meisten Menschen negativen Auswirkungen der Bundespolitik kaum auf Folgen des kapitalistischen Systems in seiner gegenwärtigen Ausprägung benennt und für sozial Abhängige existenzbedrohende Maßnahmen wie Hartz IV durch den der Linkspartei angehörenden Arbeitsminister selbst exekutiert. Man traut ihr immer weniger zu, den Alltag der Mehrheit der Bevölkerung zu deren Gunsten verändern zu können. Wie auch? Alle wissen es doch: Die Tatsache, dass die Bedingungen der arbeitenden Bevölkerung sich verschlechtern und dass Millionen als überflüssige Masse behandelt werden, ist keinem temporären Ausnahmezustand zuzuschreiben, sondern die Frage einer strukturellen Entwicklung.

Die Linkspartei.PDS in einem Bundesland in Regierungsbeteiligung ist **nicht** in der Lage, hier Veränderungen zu erzielen – zumal mit einer Koalitionspartnerin, die die neoliberale Politik mitträgt. Diese Tatsache anzuerkennen, bedingt zugleich mit ihr umgehen zu **wollen** mit Blick auf **tatsächliche** Möglichkeiten, durch Regierungsbeteiligung sozialistische Projekte auf den

Weg bringen und Gesellschaft nach links verändern zu **können**. Und das hieße immer auch, rechtsextremen Entwicklungen den Nährboden zu entziehen. Das ist mit unserer Regierungsbeteiligung nicht gelungen.

Dennoch bleibe ich optimistisch. Von Sören Kierkegaard stammt die Aussage: „Man kann das Leben nur rückwärts verstehen, aber leben muss man es vorwärts.“

Eine gründliche politische Analyse der Regierungsbeteiligung wird erfolgen müssen. Am besten schnell. Und mit klaren, auch schmerzlichen Fragen wie solchen, die ich in meinem Beitrag im Buch gestellt habe:

Werden NPD-WählerInnen bei zunehmenden sozialen Nöten und Existenzängsten, bei stärkerer Repression gegenüber abhängig Beschäftigten, beim sozialen Niedergang bisheriger Mittelschichten (oder auch „nur“ deren Angst davor!) zurück zu gewinnen sein oder werden es eher mehr sein, die „rechts“ wählen? Gibt es eine Mitschuld der Landesregierung und der sie tragenden Parteien und Fraktionen, dass die NPD in kommunale Parlamente gewählt wurde? Inwieweit, wie heftig und wie oft tritt die Landesregierung der desaströsen Agenda-2010-Politik entgegen und fordert Änderungen, die der Zerstörung des sozialen Gemeinwesens und seiner kulturellen

Werte ein Ende setzen? Wie viel Schaden entsteht, weil die von der SPD M-V unterstützte Bundespolitik dem „unverständigen Volk“ nur alles besser erklären und es so „mitnehmen“ will auf dem Weg, den Sozialstaat dadurch zu retten, dass man ihn zerstört? Wie gelingt es, Politik **mit** den EinwohnerInnen zu machen und damit **für** sie, anstatt **über** sie zu regieren?

The eating of the pudding is eating. Politik wird an ihren praktischen Folgen gemessen.

Die Aussage von Hannah Arendt, die ich meinem Buch-Beitrag vorangestellt habe, stelle ich in meinem Wort-Beitrag ans Ende:

„Der wohl hervorstechendste und auch erschreckendste Aspekt der deutschen Realitätsflucht liegt jedoch in der Haltung, mit Tatsachen so umzugehen, als handele es sich um bloße Meinungen.“